

Presseberichte

21. Januar 2012

Märkische Oderzeitung

Streit um Sicherheit an Gerichten

Potsdam (MOZ) Die Justizgewerkschaft kritisiert, dass nach wie vor Einlasskontrollen an Gerichten nicht stattfinden. Dafür fehle Personal. Das Ministerium verweist indes auf Millioneninvestitionen in die Sicherheit der Justizgebäude in den kommenden Jahren.



In Brandenburg herrscht Streit um Sicherheit an Gerichten Foto DAPD

"Viele Kollegen haben schon brenzlige Situationen in Verhandlungen erlebt", sagt die Vorsitzende der Landesjustizgewerkschaft, Sabine Wenzel. Bei Prozessbeteiligten lägen "oft die Nerven blank". Jedoch seien Wachtmeister an Gerichten oft nicht ausreichend in Sicherheitsfragen geschult. Allein schon Einlasskontrollen mit dem Ziel Waffen zu entdecken, finden nach ihren Erkenntnissen nur sporadisch statt. "Zum Glück ist bislang nichts Schlimmes passiert."

Für ständige Kontrollen fehle Personal, betont die Gewerkschafterin, die einen Offenen Brief an Landesregierung und Abgeordnete gerichtet hat. Hinzu kommt die aus ihrer Sicht zögerliche Besetzung offener Stellen. "Das Altersniveau des Personals ist schon hoch." Das Land müsse mehr in die Sicherheit investieren.

Dies ist auch geplant, erklärt das Justizministerium und verweist auf die geplante Ausrüstung der Gerichte mit modernen Sicherheitsschleusen - entsprechend einer Prioritätenliste. In diesem Jahr beginne der Umbau am Amtsgericht Oranienburg als Pilotprojekt, danach folgen das Landessozialgericht und die vier Sozialgerichte "wegen der Eskalationsgefahr in vielen Verfahren", betont Sprecher Frank Schauka. Ferner sei die Ausstattung an den vier Landgerichten sowie sieben weiteren Amtsgerichten geplant.

Die Schleusen sollen in einem separaten Raum eingerichtet werden, in dem sich ein Metall-detektor sowie ein Gepäckröntgengerät befindet. Die Vorgänge würden von einem Justizbediensteten hinter einer Glasscheibe gesteuert. Insgesamt will das Land rund 3,1 Millionen Euro ausgeben. Ebenso sollen Schulungen der Wachtmeister intensiviert und Kommunikationswege verbessert werden.

Bislang werden Sicherheitskontrollen der Besucher an Land- und Amtsgerichten in völlig unterschiedlicher Intensität ausgeführt. So würden am Landgericht Neuruppin für einen regelmäßigen Check die baulichen Voraussetzungen fehlen, sagt Gerichtspräsident Egbert

Simons. Nur bei Prozessen mit Gefahrenpotenzial werde eine provisorische Schleuse aufgebaut, mehr sei nicht möglich.

Für ein tiefgreifendes Sicherheitskonzept habe bisher das Geld gefehlt, erklärt Martina Schwonke, Sprecherin des Oberlandesgerichts (OLG) in Brandenburg (Havel), das für Land- und Amtsgerichte zuständig ist. Am OLG befindet sich seit 2010 die landesweit einzige moderne Schleusenkammer, da dort in zweiter Instanz "hart umkämpfte Familiensachen" verhandelt werden. Hierbei drohe immer wieder Ärger, so Schwonke.

Nach Angaben der Brandenburgischen Justizakademie finden 2012 erstmals Schulungen des Personals für Eingangskontrollen statt. "Das ist für jeden Wachtmeister verpflichtend, ebenso Selbstverteidigungskurse", betont der Direktor Harald Kruse. Allerdings sei es für kleine Gerichte angesichts des wenigen Personals "unmöglich", die Beamten für Schulungen freizustellen. Dies bemängelt auch Gewerkschafterin Wenzel. "Die Kollegen können nicht einmal den Dienstsport wahrnehmen."